

Ergebnisse der Koalitionsgespräche

Peter Altmaier soll in der neuen Regierung die Energiepolitik verantworten

SPD und Union haben sich auf eine Neuauflage der Großen Koalition geeinigt. Noch müssen die SPD-Mitglieder der Vereinbarung zustimmen, die auch Auswirkungen auf den Energiesektor hat. Wirtschaftsminister mit Zuständigkeit für Energie soll der bisherige Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) werden. Altmaier hat bereits Erfahrung mit der Energiepolitik als ehemaliger Umweltminister.

Bei der Energie- und Klimapolitik wollen die Koalitionäre eine Kommission einrichten, die bis Ende 2018 ein Aktionsprogramm zum Klimaschutz erarbeiten soll. Demnach muss künftig jeder Bereich - auch Verkehr und Landwirtschaft - eigene Klimaziele mit konkreten CO₂-Reduktionen erreichen. Außerdem soll ein Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung vorgelegt werden. Die Elektromobilität soll stärker gefördert werden.

Zusätzliche Ausschreibungen für Windkraft und Solar

Erklärtes Ziel ist es, zusätzliche Ausschreibungen für Windkraft- und Solarenergieprojekte in den nächsten zwei Jahren durchzuführen. Zudem wollen die Koalitionspartner weitere Anstrengungen zum Ausbau und zur Modernisierung der Energienetze unternehmen. Insgesamt soll der Anteil erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2030 auf 65 Prozent erhöht werden.

In der Energiewirtschaft wurden die Pläne unterschiedlich aufgenommen: „Um die Energiewende entscheidend voranzubringen, fehlt es an wirksamen Instrumenten für die Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität“, monierte der Chef des Bundesverbandes Neue Energiewirtschaft (bne), Robert Busch. „Die Vereinbarungen im Bereich Energiepolitik sind kein großer Wurf, sondern mutloses Mikromanagement“, sagte BDEW-Chef Stefan Kapferer.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßte hingegen die Pläne der Koalition. VKU-Chefin Katherina Reiche hob besonders die Digitalisierung hervor, die im Koalitionsvertrag als Querschnittsthema behandelt werde. Begrüßenswert sei auch, dass der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) eine zentrale Rolle im künftigen Energiesystem zugewiesen werde.

Ali Uluçay
MBI/aul



Peter Altmaier war als früherer Umweltminister schon einmal für die erneuerbaren Energien zuständig.
Foto: Lichtblick/ Achim

E-World

EEX kopiert mit Enermarket Verivox-Geschäftsmodell

„Wir wollen nicht als Dinosaurier der Großhandelsmärkte sterben“. So hat Peter Reitz, der CEO der Börsengruppe EEX, jetzt den Veränderungsdruck beschrieben, dem sein Unternehmen ausgesetzt ist. Reitz beschrieb die Herausforderungen auf der Fachmesse E-World mit vier Schlagworten: Decarbonisation, Digitalisation, Decentralisation und Digitalisation. Letzteres bedeutet u.a. erleichterter Zugang auch kleiner Marktakteure zu den übergeordneten Märkten, aber auch Zugang der Organisatoren von Großmärkten zu regionalen und lokalen Marktplätzen.

Die EEX-Gruppe stellte das Startup Enermarket vor, an dem die Börse mit 40 Prozent beteiligt ist. Weitere Anteilseigner sind Süwag und Innogy mit je 30 Prozent. Kleinere und mittlere Unternehmen sollen via Internet Preise für Strom- und Gaslieferungen miteinander vergleichen und Stromliefergeschäfte abschließen können. Die Plattform überträgt das Geschäftsmodell aus dem Bereich für Haushaltskunden (Portale wie Verivox oder Check24) auf Businesskunden. Technisch sei man Ende des ersten Quartals für das Go-Live bereit. Allerdings sollen noch weitere Teilnehmer auf der Anbieterseite gewonnen werden.

Daneben hat die Epex Spot, ebenfalls Teil der EEX-Gruppe, mit dem US-Startup LO3 eine Absichtserklärung unterzeichnet, um die Blockchain-Lösung von LO3 für den lokalen Handel von Prosumern mit den Großmärkten der Epex Spot zu verbinden.

MBI/cdg/aka

Aus dem Inhalt

CO₂-Handel	3
EU-Parlament für Reform	
Stadtwerke-Finanzierung	4
Digitale Kreditbeschaffung	
Power-to-Gas	9
Höherer Wirkungsgrad	

Aktualisierte Kraftwerksliste Dargebotsunabhängige Kapazität geht zurück

Bis 2020 sind dargebotsunabhängige Kraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 2,3 Gigawatt (GW) im Bau oder im Probetrieb. Das geht aus der jüngsten Aktualisierung der Kraftwerksliste der Bundesnetzagentur hervor. Dem stehen endgültige Stilllegungen von 1,8 GW gegenüber. Vorläufig stillgelegt werden weitere 1,0 GW. Hinzu kommen Stilllegungen von Kernkraftwerken in Höhe von 1,4 GW. In die Braunkohle-Sicherheitsbereitschaft werden 1,8 GW überführt.

Zudem kommen weitere 180 Megawatt an stillzulegender Kapazität, für die keine formalen Stilllegungsanzeigen vorliegen. Daraus ergibt sich per Saldo ein Kapazitätsrückgang von rund 3,9 Gigawatt. Mit Stand zum 2. Februar 2018 verfügt Deutschland über 207,9 GW an Kapazität zur Stromgewinnung (einschließlich Erneuerbare in Höhe von 104,5 GW), wovon 197,5 GW dem Strommarkt zur Verfügung stehen.

MBI/cdg

Regelenergie Ausschreibungsbedingungen werden geändert

Die Bundesnetzagentur hat die Konsultation der interessierten Marktteilnehmer zur Änderung der Ausschreibungen für die Regelenergie gestartet. „Die Bundesnetzagentur schlägt die Änderungen der Ausschreibungsbedingungen für Regelenergie aufgrund der sehr hohen Arbeitspreisgebote vor. Diese haben zu den bisher höchsten Ausgleichsenergiepreisen geführt“, sagt Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur.

Nach den neuen Regelungen soll der Zuschlagsmechanismus neben dem Leistungspreis anteilig auch den Arbeitspreis berücksichtigen und damit Wettbewerbsdruck erzeugen. Der Leistungspreis wird dem Anbieter von Regelenergie für die gesicherte Vorhaltung der Erzeugungs- oder Verbrauchseinheit gezahlt, wohingegen mit dem

Arbeitspreis ein tatsächlicher Einsatz vergütet wird.

Die Bundesnetzagentur wird die Wirksamkeit des Zuschlagsmechanismus auf die wettbewerbliche Bildung der Regelarbeitspreise analysieren und die bisher getroffenen Maßnahmen überprüfen. Arbeitspreisgebote von bis zu 77.777 Euro pro Megawattstunde haben zu den bisher höchsten Ausgleichsenergiepreisen von bis zu 24.000 Euro pro Megawattstunde geführt.

Sowohl bei der Sekundärregelung, die kurzfristig Ungleichgewichte ausregelt, als auch bei der Minutenreserve, die Ungleichgewichte über 15 Minuten hinaus ausgleicht, wurden hohe Arbeitspreisgebote in den Ausschreibungen zur Regelenergie geboten und bezuschlagt, die nicht auf Knappheitssituationen zurückzuführen waren.

Weitere Informationen zur Konsultation der Änderung des Zuschlagsmechanismus sind veröffentlicht auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter www.bundesnetzagentur.de/BK6-18-019

MBI/cdg

Energieverbrauch EU entfernt sich von ihren Einsparzielen

Die EU-Staaten entfernen sich weiter von ihrem Ziel, ihren Energieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent unter den ohne Sparanstrengungen zu erwartenden Wert zu drücken. Das geht aus Daten für 2016 hervor, die das EU-Statistikamt Eurostat vorgelegt hat. Während der Primärenergieverbrauch 2014 diesem Ziel bereits bis auf 1,7 Prozent Abweichung nahegekommen war und im gleichen Jahr das Ziel beim Endenergieverbrauch schon um 2,1 Prozent übererfüllt war, ist der Energieverbrauch in den beiden Jahren darauf wieder gestiegen. Der Endenergieverbrauch lag laut Eurostat 2016 wieder um 2,0 Prozent über der Zielmarke, der Primärenergieverbrauch um 4 Prozent, was einem Verbrauch von 1543 Millionen Tonnen entspricht.

MBI/fra

3,1 GW Zubau Offshore-Wind verzeichnet Rekordjahr 2017

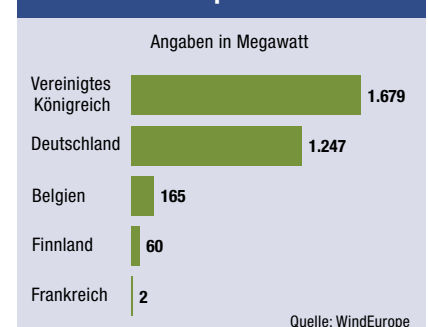
Im vergangenen Jahr wurden in Europa so viele neue Offshore-Windkraftanlagen installiert wie nie zuvor. Nach Angaben des Verbands Windeurope in Brüssel lag der Zubau bei 3.100 Megawatt (MW). Damit stieg die Gesamtkapazität von Offshore-Windparks gegenüber 2016 um 25 Prozent auf rund 15.800 MW. Vornehmlich in Großbritannien und Deutschland gingen 13 neue Anlagen ans Netz mit einer Kapazität von 1.700 und 1.300 MW, teilte Windeurope mit.

Darüber hinaus werden nach Angaben des Verbands elf weitere Windparks auf See mit einer Gesamtleistung von 2.900 MW gebaut. Bis zum Jahr 2020 sollen etwa 25.000 MW an Offshore-Kapazitäten installiert sein. Im vergangenen Jahr lag die durchschnittliche Größe eines Windparks bei 493 MW, die Durchschnittskapazität einer Turbine belief sich auf 5,9 MW.

Der Offshore-Markt bleibt in Europa allerdings auf einige wenige Länder beschränkt. „Offshore-Windkraft ist jetzt ein Mainstream-Bestandteil des Stromsystems. Der Zuwachs von 25 Prozent in einem Jahr ist außerordentlich“, sagte Windeurope-Chef Giles Dickson. Er wies auch auf die rückläufigen Produktionskosten für Offshore-Windparks hin. Der europäische Windverband prognostiziert auch in diesem Jahr und 2019 einen starken Ausbau der Offshore-Kapazitäten.

MBI/aul

Neu installierte Offshore-Kapazitäten in Europa 2017



Energierrechnungen

Bundesgerichtshof stärkt Verbraucherrechte

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat die Rechte von Mietern und Wohnungseigentümern bei ungewöhnlich hohen Energierrechnungen gestärkt. In einem Fall aus Hessen ging es um Heizkosten, in einem anderen Fall aus Niedersachsen um die Stromrechnung (Az.: VIII ZR 148/17 und VIII ZR 189/17).

Mieter einer Wohnung in Südhessen sollten fast die Hälfte der Heizenergie des ganzen Hauses verbraucht haben, obwohl ihr Anteil an der Wohnfläche weniger als 13 Prozent beträgt. Die Nachforderung betrug mehr als 5000 Euro. Die Mieter verweigerten die Zahlung und unterlagen in den Vorinstanzen. Sie hatten auch keinen Erfolg mit ihrer Forderung, die Ableser-Unterlagen einsehen zu dürfen. Der Bundesgerichtshof stellte klar, dass die Darlegungs- und Beweislast beim Vermieter liege und er dem Mieter auf Verlangen Einsicht in alle Unterlagen gewähren müsse. Der BGH hob das Landge-

richtsurteil auf und wies die Klage als derzeit unbegründet ab.

Im Fall aus Niedersachsen stellte der Versorger EWE einem älteren Ehepaar für den Stromverbrauch eines Jahres mehr als 9.000 Euro in Rechnung, etwa das Zehnfache der Vorjahreswerte. Die Kunden behaupteten, sie hätten nicht so viel verbraucht. EWE hielt dagegen, der Zähler sei von einem Gutachter überprüft worden. Das Oberlandesgericht (OLG) hatte den Kunden Recht gegeben. Dem BGH-Urteil zufolge besteht „die ernsthafte Möglichkeit eines offensichtlichen Fehlers“, der nach Paragraph 17 der Stromgrundversorgungsverordnung zur Zahlungsverweigerung berechtige. Der Versorger müsse den tatsächlichen Bezug der in Rechnung gestellten Menge beweisen. Im bisherigen Verfahren seien aber keine Beweisanträge gestellt worden. Der BGH bestätigte das OLG-Urteil.
MBI/dpa/aul

Nachfrage am Gasmarkt

LNG-Importe kein Allheilmittel

Wenn viele Länder aus der Kohle- oder aus der Atomkraft aussteigen wollen, wird neben erneuerbaren Energien auch die Nutzung von Erdgas immer wichtiger. Dessen waren sich die Teilnehmer des Kongresses „Internationaler Gasmarkt“ auf der E-World in Essen einig. Am europäischen Gasmarkt gewinnt dabei die Frage der Versorgungssicherheit zunehmend an Bedeutung. Angesichts der starken Schwankungen, denen die Stromgewinnung aus Solar- und Windkraft unterliegt, scheint außerdem die Flexibilisierung des Marktes ein wichtiges Schlagwort zu sein.

Denn während die globale Nachfrage weiter zunimmt, geht die einheimische Produktion zurück. Der Markt muss also flexibel sein, um bei Kälteperioden und Dunkelflauten schnell reagieren zu können. Entsprechend wichtig sind ausreichende Speicher-

kapazitäten, wie Gregor Pett, Executive Vice President Market Analytics bei Uniper betonte.

Zwischenfälle wie die Explosion der Verteilstation Baumgarten im vergangenen Dezember haben dies genauso deutlich gemacht, wie die Pläne der Niederlande, die Erdgasförderung in Groningen zu reduzieren. „Wenn mehrere solcher Vorfälle zusammenkommen, und es in Europa kalt wird, haben wir ein echtes Problem“, so Pett.

Er warnte in diesem Zusammenhang aber davor, sich auf LNG-Importe zu verlassen. Denn die Nachfrage nach LNG wächst auch in Asien, zum einen wird das Gas an sich knapper, zum anderen der Frachtraum. „LNG-Importe können daher den Ausbau der Speicherkapazitäten nicht ersetzen“, sagte Pett.

Marie Pfefferkorn
MBI/map

Verknappung

EU-Parlament stimmt für Reform des CO₂-Handels

Das EU-Parlament hat grünes Licht für die Reform des Emissionshandels gegeben. Damit sind die neuen Regeln (2009/29/EG) für den Handel mit CO₂-Verschmutzungsrechten für Industrie, Kraftwerke und Flugzeuge de facto beschlossen. Die noch ausstehende abschließende Zustimmung des Ministerrats gilt als Formalie.

Die CO₂-Reform sieht u.a. vor, dass Kraftwerke und Fabriken zwischen 2021 und 2030 jedes Jahr 2,2 Prozent weniger Kohlendioxid in die Atmosphäre blasen dürfen. Derzeit sinkt die erlaubte Menge jährlich um 1,74 Prozent. Die Gesetzgeber einigten sich, in die ab 2019 geschaffene „Marktstabilisierungsreserve“ (MSR) in den ersten vier Jahren 24 Prozent der überschüssigen Zertifikate zu übertragen und damit zunächst vom Markt zu nehmen - doppelt so viel wie von der Kommission vorgeschlagen.

Analysten gingen davon aus, dass dadurch der CO₂-Preis innerhalb der Handelsperiode 2021-2030 von unter zehn Euro pro Tonne auf bis zu 35 Euro steigen wird, sagte der CDU-Europaabgeordnete Peter Liese, Mitglied der Verhandlungsdelegation.

Gleichzeitig sollen auch die Interessen energieintensiver Industrien berücksichtigt werden. Wenn die Unternehmen auf dem neuesten Stand der Technik produzieren, sollen sie die Zertifikate kostenlos erhalten. Bis zu 46 Prozent der verfügbaren Emissionsberechtigungen können laut der FDP-Abgeordneten Gesine Meißner kostenlos an berechnete Firmen verteilt werden, die ansonsten vielleicht aufgeben müssten, weil ihre außereuropäische Konkurrenz keine vergleichbaren Auflagen und Kosten hat. Beschlossen wurde auch die Einrichtung zweier Modernisierungsfonds. Einer soll finanzschwächeren Mitgliedstaaten helfen, Kraftwerke und Energieinfrastruktur umweltfreundlicher zu machen. Ausgeschlossen wird dabei die Förderung von Kohlekraftwerken, außer bei Fernwärmanlagen in den ärmsten EU-Staaten.

MBI/fra/aul

Stadtwerke-Finanzierung / Von Dr. Oliver Rottmann Eine breitere Basis durch digitale Kreditbeschaffung

Stadtwerke als wesentliche Erzeuger und Lieferanten erneuerbarer Energien leisten einen substanziellen Beitrag zur Energiewende, sehen sich aber zugleich enormen Investitionen gegenüber, die einen entsprechenden Finanzierungsbedarf mit sich bringen. Hinzu kommen nicht selten Aufgabenübertragungen aus dem kommunalen Kernhaushalt aufgrund der Eignerstruktur sowie ein Abschöpfen von möglichen Gewinnen für kommunale Steuerungszwecke.

Um diesen Finanzierungsbedarf zu decken, wird es unter Umständen notwendig werden, den Finanzierungsadressatenkreis in der Niedrigzinsphase zu erweitern. Wenngleich heute noch das klassische Bankdarlehen nicht nur im Kernhaushalt, sondern auch bei Stadtwerken das favorisierte Finanzierungsinstrument darstellt, und dies zumindest in der Tendenz noch einige Zeit bleiben wird, spielen seit geraumer Zeit auch Kapitalmarktinstrumente, wie beispielsweise Schuldscheindarlehen

oder andere, eine – wenngleich noch untergeordnete – Rolle.

Die Mehrheit der Stadtwerke plant kurz- und mittelfristig zunehmend Fremdkapital aufzunehmen, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen, wie mehrere Stadtwerke-Studien des Kompetenzzentrums Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge an der Universität Leipzig aus den letzten Jahren zeigten. Zugleich befinden sich zahlreiche, zum Teil internationale Investoren auf der Suche nach substanziellen Anlagemöglichkeiten.

Online-Plattformen bieten neue Alternativen

Eine Möglichkeit, hierbei Angebot und Nachfrage zusammenzubringen, bilden Online-Kreditplattformen. Diese Plattformen, wie bspw. das Schweizer Unternehmen Loanbox aus Zürich mit Sitz in Köln, erfüllen bereits für kommunale Kernhaushalte eine transaktionskostensparende Vermittlungsfunktion. Auf derartigen Portalen könnten auch verstärkt kommunal-nahe Unternehmen und institutionelle Kapitalgeber und Banken in Echtzeit zusammengebracht werden, um maßgeschneiderte Finanztransaktionen zu offerieren.

Dadurch wird der Prozess der Finanzmittelbeschaffung deutlich vereinfacht. Entscheidende Vorteile liegen im direkten Zugang zum Kapitalmarkt, einer einfachen Handhabung und einer hohen Transparenz der jeweiligen Transaktionen. Auch sind üblicher-

weise die Gebühren für die erfolgreiche Vermittlung von Kontrakten sehr niedrig.

Stadtwerke und andere öffentliche Unternehmen haben damit die Möglichkeit, einen breiten, international stetig wachsenden Gläubigerkreis anzusprechen. So können auf individuellen Anforderungen der Unternehmen nicht nur die gewünschten Konditionen, sondern auch gewünschte Vertragsklauseln, wie zum Beispiel im Falle von Bonitätsveränderungen während der Laufzeit, Bezug genommen werden.

Auch lässt sich der Zeitaufwand für die Finanzierungsanfrage stark reduzieren und institutionelle Kapitalgeber und Banken können direkt auf die Veröffentlichung der Anfrage mit einem Angebot reagieren.

Laufzeit und Kredithöhe sind individuell vereinbar

Die Plattformen selbst vermitteln zwischen Kreditnehmer und Kapitalgeber, treten selbst jedoch nicht als Vertragspartei auf. Auch die Kreditprüfung erfolgt über die Kapitalgeber. Laufzeit und Kredithöhe sind individuell realisierbar.

Nicht zuletzt mit Blick auf die finanziellen Herausforderungen für Stadtwerke aus der Energiewende in Verbindung mit den angesprochenen Limitationen bzgl. der Aufnahme neuen Fremdkapitals können onlinebasierte Finanzierungsplattformen öffentlichen Unternehmen helfen, ihre Fremdkapitalfinanzierung transparent und effizient in schwierig planbaren Zeiten auf ein breiteres Fundament zu stellen.



Dr. Oliver Rottmann
Geschäftsführender Vorstand des
Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft,
Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. an der
Universität Leipzig





Dietmar Spohn bleibt in Bochum.
Foto: Stadtwerke Bochum

Bis 2023

Spohn bleibt Chef der Stadtwerke in Bochum

Dietmar Spohn bleibt Sprecher der Geschäftsführung bei den Stadtwerken Bochum. Der Vertrag des 59-jährigen wurde bis Ende 2023 verlängert, wie die Stadtwerke mitteilten. Spohn ist seit dem 1. Januar 2005 Geschäftsführer und seit 1. Oktober 2015 Sprecher der Geschäftsführung. Er verantwortet die Bereiche Erzeugung, erneuerbare Energien, Fernwärme, Wasser, Energieprojekte, Recht und Unternehmenskommunikation.

MBI/aul

Digitale Transformation

SW Heidelberg und Flensburg kooperieren

Die Stadtwerke aus Heidelberg und Flensburg gehen in diesem Jahr eine langfristige „interkommunale Kooperation“ ein. In enger Zusammenarbeit mit dem Softwarehaus SAP in Walldorf soll sich die Kooperation den Herausforderungen und Chancen der digitalen Transformation stellen, wie das Beratungsunternehmen Becker Büttner Held Consulting (BBHC), das die Umsetzung der neuen Partnerschaft begleitet, mitteilte. Auf Basis der Software-Plattform „Prompt“ planen die beiden Stadtwerke demnach,

sowohl ihr klassisches Kerngeschäft als auch neue Geschäftsmodelle kostengünstig weiterzuentwickeln.

Als Orientierung soll dabei auch auf die SAP Roadmap für die digitale Versorgungswirtschaft zurückgegriffen werden. Der Geschäftsführer der Stadtwerke Heidelberg, Rudolf Irmischer, begrüßte das Vorhaben als eine „auf Augenhöhe unter Stadtwerken angelegte Zusammenarbeit“. Er hob in dem Zusammenhang - gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Stadtwerke Heidelberg Energie, Michael Teigeler, und dem Geschäftsbereichsleiter kaufmännisches Management der Stadtwerke Flensburg, Andreas Ostmann - die „Potenziale für beide Häuser in den Bereichen digitaler Kundenservice sowie neue Produkte und Services zu günstigen Preisen“ hervor. Beide Stadtwerke versorgen laut BBHC zusammengerechnet rund 400.000 Kunden mit Strom, Erdgas, Wasser und Wärme. MBI/jcl/aul

Kooperation

Trianel und SW Halle realisieren Solarprojekt

Die Stadtwerke-Kooperation Trianel aus Aachen hat für die Stadtwerke Halle (Saale) ein Solar-Freiflächenprojekt im brandenburgischen Wiesenburg realisiert. Wie Trianel mitteilte, wurde die Anlage mit einer Leistung von 3,9 Megawatt für die die EVH GmbH, einer Tochter der Stadtwerke Halle, in Betrieb genommen. Damit erweitert die EVH ihre Solarkapazität auf 15 Megawatt. Laut Prognosen soll der Solarpark jährlich rund vier Millionen Kilowattstunden Strom liefern.

„Unser Ziel ist es, bis spätestens 2040 unser Erzeugungsportfolio auf 100 Prozent Ökostrom auszubauen. Mit Trianel haben wir einen kompetenten Partner an unserer Seite, mit dem wir sowohl eigene Erzeugungsprojekte wirtschaftlich optimal realisieren als uns auch einem Gemeinschaftsportfolio aus Solar- und Windenergie mit adäquatem Investitionsprofil beteiligen können“, sagte Thomas Hollstein, verantwortlich für neue Geschäftsfelder bei der EVH GmbH.

MBI/aul

Erdwärmekraftwerk Landau

Daldrup und Pfalzwerke nach Jahren einig

Ein jahrelanger Rechtsstreit zwischen dem Bohrtechnik- und Geothermiespezialisten Daldrup und dem Energieversorger Pfalzwerke um die Übernahme von Pfalzwerke-Anteilen am umstrittenen Erdwärmekraftwerk Landau ist beigelegt. Es sei ein Vergleich geschlossen worden, teilten die Daldrup & Söhne AG und die Pfalzwerke mit. Damit steigt der Daldrup-Anteil am Kraftwerk, das nach jahrelangem Stillstand derzeit im Probebetrieb läuft, von 30,0 Prozent auf 67,51 Prozent.

Die Unternehmen hatten im Dezember 2013 vertraglich vereinbart, dass die 75,01-prozentige Daldrup-Tochter Geysir Europe jene 50 Prozent übernimmt, die die Pfalzwerke an der Kraftwerks- und Betreiber-gesellschaft geox GmbH hielten. 40 Prozent davon gehörten bereits Geysir Europe. Es kam allerdings zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung. „Die haben wir jetzt beigelegt“, sagte ein Daldrup-Sprecher. Details verriet die Unternehmen nicht.

Der Anteil von Geysir Europe an der geox GmbH steigt nun von 40 auf 90 Prozent. Die übrigen zehn Prozent der Gesellschafteranteile liegen weiter bei der EnergieSüdwest AG (Landau). Daldrup wertete den Vergleich als weiteren „Meilenstein zur Weiterentwicklung des Daldrup-Konzerns hin zu einem mittelständischen Energieversorger“.

Das 2007 in Betrieb genommene Kraftwerk soll mit heißem Wasser aus 3.000 Metern Tiefe Strom für etwa 4.000 Haushalte erzeugen. Im März 2014 war die Anlage abgeschaltet worden, nachdem sich der Boden in der Umgebung stellenweise gehoben hatte. Experten hatten das mit dem Kraftwerk in Zusammenhang gebracht. Inzwischen wurde die Anlage nach Darstellung der Betreiber saniert. Seit Ende September läuft der Probebetrieb. Dieser dauert nach Angaben des Daldrup-Sprechers weiter an. Ziel sei der schnellstmögliche Übergang in den Dauerbetrieb.

MBI/dpa/aul

Vergleichsportal

Strompreis auf Rekordhoch – Gaspreise sinken leicht

In Deutschland ist der Strompreis in den vergangenen zwölf Monaten um rund zwei Prozent gestiegen. Wie das Vergleichsportal Check24 mitteilt, zahlen Haushalte mit einem jährlichen Stromverbrauch von 5.000 Kilowattstunden dafür im Durchschnitt 1.426 Euro. Anfang 2017 kostete die gleiche Menge Strom noch 1.395 Euro. Nach Einschätzung von Oliver Bohr, Geschäftsführer Energie bei Check24, wird der Strompreis 2018 auf seinem Rekordhoch bleiben.

Trotz geringerer Kosten bei der EEG-Umlage und den Netzentgelten sei mit einer Welle von Strompreissenkungen für dieses Jahr nicht mehr zu rechnen, erklärte Bohr.

Bislang haben laut Check24 nur 180 der knapp 900 Stromgrundversorger ihre Preise für 2018 angepasst oder Anpassungen angekündigt. 97 Anbieter erhöhen demnach die Preise im Mittel um 2,8 Prozent, 83 Versorger senken sie um 2,4 Prozent.

Dagegen gehen die Gaspreise leicht runter. So sollen 107 Gasgrundversorger für 2018 Preisanpassungen vorgenommen oder angekündigt haben: 33 erhöhen danach ihre Preise um durchschnittlich 4,7 Prozent und 74 senken sie um 4,4 Prozent. Die bisher bekannten Preisanpassungen deuten laut Bohr darauf hin, dass Gas für Verbraucher 2018 günstig bleibt. Setze sich allerdings der Trend zu steigenden Großhandelspreisen fort, könnte Gas mittelfristig wieder teurer werden, schränkt der Check24-Experte ein.

Nach den Erhebungen des Portals sank der durchschnittliche Gaspreis in den vergangenen zwölf Monaten um knapp ein Prozent: Musste ein Vierpersonenhaushalt für 20.000 Kilowattstunden im Februar 2017 noch im Durchschnitt 1.202 Euro aufbringen, sind es laut Check24 aktuell nur noch 1.190 Euro. Bei alternativen Gasanbietern seien die Preise im gleichen Zeitraum sogar um drei Prozent gefallen, berichtet das Portal.

MBI/jcl

Heizungssteuerung

Entega kooperiert mit Swisscom

Der Darmstädter Energieversorger Entega bietet zusammen mit dem Technologieunternehmen Swisscom Energy Solutions ab sofort für Kunden mit strombetriebenen Heizungen ein Gerät an, mit dem sich die Heizungen von zuhause und auch unterwegs per Smartphone fernsteuern lassen.

Mit dieser „tiko“-Steuerungsbox sollen sich Heizungen deutlich sparsamer betreiben lassen, wie der Versorger Entega jetzt mitteilte. Gleichzeitig tragen sie demnach dazu bei, Schwankungen, die durch die Versorgung mit erneuerbaren Energien entstehen, auszugleichen.



Die Zentrale des Versorgers Entega in Darmstadt. Foto: Entega

Laut Angaben von Entega kommuniziert die „tiko“-Box sekundengenau mit den Heizungsanlagen: So soll es für die Kunden von Stromheizungen erstmals möglich sein, die Temperatur Ihrer Heizungen zeitlich zu regeln. Die Partnerschaft mit Swisscom Energy Solutions ermögliche, dass Kunden beträchtliche Mengen Energie einsparen und gleichzeitig die Heizungen für eine sichere Versorgung mit erneuerbaren Energien genutzt werden könnten, erklärte die Entega-Vorstandsvorsitzende Marie-Luise Wolff.

Entega startet den Einbau der „tiko“-Boxen zunächst als Modellprojekt bei Kunden in Darmstadt und Südhessen. Nach Auswertung dieses Tests soll die Box dann allen rund 30.000 Heizstromkunden von Entega angeboten werden.

MBI/jcl/aul

Neue Tochter Waydo

EWE bündelt Mobilitätslösungen

Der Oldenburger Energieversorger EWE bündelt sein Mobilitätsgeschäft in der neu gegründeten Gesellschaft Waydo GmbH. EWE Vertrieb sei im Nordwesten führender Betreiber öffentlicher Ladeinfrastruktur mit über 400 Stromzapfsäulen. Darüber hinaus betreibe der EWE-Konzern bundesweit mehrere hundert Ladepunkte.

Der Name Waydo leitet sich aus Wortschöpfung aus dem englischen „way“ (Weg) und „do“ (handeln) ab. Sie stehen laut Raddau dafür, dass es gelte, den Weg in die mobile Zukunft aktiv zu gestalten.

MBI/aul

Softwaremodul

Syneco und ProCom bieten Lösung für Intraday-Handel

Die Thüga-Tochtergesellschaft Syneco Trading GmbH und das Beratungshaus ProCom GmbH haben eine gemeinsame Lösung für den Intraday-Strommarkt entwickelt.

Das ProCom-Softwaremodul ITA B2B (Intraday Trading Assistant) ermöglicht die Vermarktung von Flexibilität und das automatische Handeln von Energiemengen. Das Angebot richtet sich an Unternehmen, die ihre Eigenerzeugung oder andere Flexibilitätsoptionen optimieren möchten. Kunden benötigen für die Nutzung des Systems keinen eigenen Börsenzugang oder 24/7-Desk und profitieren so von niedrigen Prozesskosten.

Beim Nutzer wird ein System installiert, das alle zur Anlagenoptimierung erforderlichen Informationen, insbesondere Gebote und Orderstati mit dem Syneco-System austauscht. Die daraus resultierenden Handelsaufträge werden vom 24/7-Desk bei Syneco zu Börsenbedingungen oder an der Börse direkt ausgeführt.

Die Lizenz für ITA B2B können Stadtwerke oder deren Industriekunden im Rahmen eines Syneco-Sammelvertrags erwerben.

MBI/map

Dank Windenergie Vattenfall schreibt wieder schwarze Zahlen

Nach vier Jahren mit Verlusten ist der schwedische Energiekonzern Vattenfall zurück in den schwarzen Zahlen. Vor allem Investitionen in die Windenergie hätten sich ausgezahlt, sagte Unternehmenschef Magnus Hall. Unter dem Strich machte der Staatskonzern 2017 einen Gewinn von 9,6 Milliarden schwedischen Kronen (etwa 960 Millionen Euro). Im vergangenen Jahr hatte das Unternehmen noch einen Verlust von rund 2,2 Milliarden schwedischen Kronen verbucht - vor allem allerdings durch hohe Rückstellungen und Wertminderungen im Zusammenhang mit dem Verkauf der Braunkohlesparte in der Lausitz. Auch diese Sondereffekte rausgerechnet, lief 2017 besser als das Vorjahr. Das bereinigte operative Ergebnis stieg um sieben Prozent auf rund 23,3 Milliarden Kronen. Erstmals seit 2012 könne wieder eine Dividende ausgezahlt werden.

In vielen Aspekten sei Vattenfall heute ein neues Unternehmen, sagte Hall. Der Versorger will innerhalb einer Generation ohne fossile Energieträger auskommen. In diesem und im nächsten Jahr will Vattenfall 14 Milliarden Kronen in erneuerbare Energien investieren.

Unter anderem will Vattenfall in den Offshore-Windmarkt in den Niederlanden einsteigen. Auch in Deutschland werde Offshore-Windenergie - dank gesunkener Kosten - in Zukunft eine größere Rolle spielen. „Es ist eine starke Alternative in der Energieerzeugung geworden“, zeigte sich Hall überzeugt.

Zurücklehnen könne sich Vattenfall trotz der guten Ergebnisse 2017 aber nicht, mahnte Finanzchefin Anna Borg. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müsse weiter gespart werden - unter anderem in Servicebereichen und durch Outsourcing in der Personalverwaltung. Die Strukturen müssten an den nach dem Verkauf des deutschen Braunkohlegeschäfts geschrumpften Konzern angepasst werden.

MBI/dpa/au

Übernahme

Uniper-Aktionäre ignorieren Fortum-Angebot

Die Aktionäre des Energieversorgers Uniper sind der Offerte des finnischen Stromkonzerns Fortum weitgehend nicht gefolgt. Wie Fortum mitteilte, nahmen nur 47,12 Prozent des Grundkapitals das Übernahmeangebot von 22 Euro je Aktie an. Die Verlängerung der Annahmefrist war vergangenen Freitag ausgefallen. Fortum übernimmt für knapp vier Milliarden Euro den Restanteil an Uniper von der Konzernmutter E.ON im Umfang von 46,65 Prozent. Weil sie mehr als 30 Prozent kaufen wollten, mussten die Finnen das Angebot

an alle Aktionäre vorlegen. Der Aktienkurs von Uniper liegt mit aktuell rund 23 Euro allerdings seit Monaten über der Offerte aus dem hohen Norden.

Fortum-Chef Pekka Lundmark hatte jüngst ausgeschlossen, den Investmentfonds Elliott und Knight Vinke deren Anteile abzukaufen, die zusammengenommen über zehn Prozent an Uniper kontrollieren. Auch an der Börse will er nicht zukaufen. Auf der Hauptversammlung dürfte Fortum auch mit einem Anteil von unter 50 Prozent die klare Mehrheit haben. MBI/DJN

EnBW stellt Zulassungsantrag

Neue Kaverne für Rudolf-Fettweis-Werk

Der Energiekonzern EnBW ist mit seinen Plänen zum Ausbau der Wasserkraft im Nordschwarzwald einen Schritt vorangekommen. Das Unternehmen reichte nach eigenen Angaben den Zulassungsantrag für eine neue Unterstufe des Rudolf-Fettweis-Werks in Forbach (Kreis Rastatt) beim Regierungspräsi-

Speicherkraftwerk arbeitet, auch als reines Pumpspeicherkraftwerk genutzt werden. Die abschließende Investitionsentscheidung will EnBW aber erst treffen, wenn der Planfeststellungsbeschluss vorliegt und die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch einmal geprüft sind.



EnBW baut das Rudolf-Fettweis-Werk in Forbach weiter aus. Foto: EnBW/ Daniel Maier-Gerber

Der Ausbau solle etwa 130 Millionen Euro kosten, sagte ein Sprecher. Pumpspeicherkraftwerke sind für den Ausbau der erneuerbaren Energien wichtig. Mit Hilfe von überschüssigen Wind- oder Sonnenstrom kann Wasser vom unteren in das obere Becken gepumpt werden. Wenn Sonne und Wind nicht ausreichend Strom liefern, treibt das Wasser die Turbinen des Kraftwerks an.

um Karlsruhe ein. Geplant sei ein neuer unterirdischer Kavernenspeicher. Außerdem werde die gesamte Kraftwerkstechnik in einer Kaverne (Höhle) im Berg untergebracht. Damit könne die Anlage, die heute hauptsächlich als Laufwasser- und

Aktuell hat das 100 Jahre alte und aus vier Einzelkraftwerken bestehende Rudolf-Fettweis-Werk eine Gesamtleistung von rund 68 Megawatt und kann rund 30.000 Haushalte mit Strom versorgen.

MBI/dpa/cdg

Bürgerenergiegesellschaften im Fokus Länder wollen Ausschreibungen für Windkraftprojekte ändern

Um Fehlentwicklungen beim Ausbau der Windenergie an Land im Zusammenhang mit Bürgerenergiegesellschaften zu verhindern, soll nach einem Beschluss der Länder das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geändert werden. Der Bundesrat beschloss, einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag einzubringen. Er sieht vor, die Sonderregelungen für Bürgerenergiegesellschaften bei sämtlichen Ausschreibungen im Jahr 2018 und im ersten Halbjahr 2019 auszusetzen und das Fördervolumen vorübergehend schrittweise zu erhöhen.

Der Bundesrat kritisierte „wirtschaftliche Verwerfungen bei nicht-privilegierten Windanlagenherstellern“ infolge der mit dem EEG 2017 eingeführten Privilegien für Bürgerenergiegesellschaften. Diese könnten sich zum Beispiel ohne bundesimmissionsschutzrechtliche Genehmigung an Ausschreibungen beteiligen und erhielten mehr Zeit für die Realisierung der Projekte. Dies habe im Jahr 2017 dazu geführt, „dass Bürgerenergieanlagen nahezu alle Ausschreibungen gewannen“. Die eigentlich als Ausnahme vorgesehene Privilegierung sei damit zur Regel geworden.

In der Praxis seien dabei „allerdings einige wenige Projektierer zum Zuge“ gekommen, die als Dienstleister neu gegründeter Bürgergesellschaften aufgetreten seien, monierte die Länderkammer. Mit dem EEG 2017 war die Förderung von Onshore-Windenergieanlagen auf Ausschreibungen umgestellt worden.

Bundesrat befürchtet Ausbaulücke

Der Bundesrat befürchtet zudem, dass es zu einer Ausbaulücke komme, wenn die Bürgerenergiegesellschaften von der verlängerten Frist zur Realisierung der Projekte Gebrauch machten. Daher forderte er eine Reduzierung der Realisierungsfrist und die schrittweise Erhöhung der Ausschreibungsvolumen auf bis zu 1.650 Megawatt im Jahr 2018. Der Gesetzentwurf werde nun der Bundesregierung zugeleitet,

die innerhalb von sechs Wochen dazu Stellung nehmen könne. Anschließend werden beide Texte dem Bundestag zur Entscheidung vorgelegt.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßte die Entscheidung. Damit habe der Gesetzgeber unter anderem die Möglichkeit, die Bürgerenergie-Ausnahme „noch stärker zu akzentuieren und auszugestalten“. Der VKU setze sich über den Vorschlag des Bundesrats hinaus aber für eine weitergehende Novellierung der Bürgerenergie-Ausnahme ein. Diese solle in den Ausschreibungen vor allem unter besonderen Schutz gestellt werden, „wenn viele Bürger vor Ort daran beteiligt sind“.

Zustimmung von Verbänden

Auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) äußerte sich positiv. „Wir begrüßen die Initiative des Bundesrats, gleiche Wettbewerbsbedingungen bei den Ausschreibungen für Windenergie an Land herzustellen“, erklärte Hauptgeschäftsführer Stefan Kapferer. „Die Privilegierung von Bürgerenergiegesellschaften war als Ausnahme geplant.“

Die bisherigen Ergebnisse der Ausschreibungen zeigten jedoch, dass diese Privilegierung zur Regel geworden sei. Künftig sollten „grundsätzlich alle Bieter die gleichen Voraussetzungen erfüllen müssen“, forderte er. Der Bundesverband Windenergie begrüßte den Beschluss des

Bundesrates, die Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz bei den Ausschreibungen der Jahre 2018 und 2019 zur Voraussetzung für die Teilnahme zu machen und das Ausschreibungsvolumen in der dritten und vierten Ausschreibung 2018 anzuheben. Damit würden Fehler im Ausschreibungssystem korrigiert, so der Verband. Zugleich werde der drohenden Zubaudelle entgegengewirkt, die durch die 2017 erfolgten Zuschläge an Projekte mit einer Umsetzungsfrist von bis zu viereinhalb Jahren drohen würde.

Zuschläge beeinträchtigen die Akteursvielfalt nicht

Die hohen Anteile der Zuschläge an Bürgerenergiegesellschaften in den vergangenen drei Ausschreibungsrunden für Windenergieanlagen an Land allein gefährden aus Sicht der Bundesregierung nicht die Vielfalt der Akteure bei solchen Ausschreibungen. Allerdings sind aufgrund der hohen Zuschlagsquote für solche Gesellschaften bei Windenergie-an-Land-Ausschreibungen Fehlentwicklungen zu erwarten, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort (19/541) auf eine Kleine Anfrage (19/382) der Fraktion Die Linke zum Thema „mögliche Gefährdung der Energiewende in Bürgerhand durch Ausschreibungsregeln für erneuerbare Energien“ feststellt. Vor allem die deutlich längeren Realisierungsfristen sowie die noch fehlenden Genehmigungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz führen demnach mit großer Wahrscheinlichkeit dazu, dass der Hauptteil der bezuschlagten Projekte erst ab 2020/21 realisiert wird. Zu den Realisierungsaussichten von bezuschlagten Projekten ohne Genehmigung liegen nach Auskunft der Bundesregierung noch keine Erfahrungswerte vor.

Zu der Frage, ob sie den Erhalt der Akteursvielfalt durch ein „Geschäftsmodell Bürgerenergie“ größerer Projektierer gefährdet sieht, verweist die Bundesregierung auf den Beschluss des Bundestags, eines der Privilegien für Bürgerenergiegesellschaften zeitweise auszusetzen.

MBI/DJN/jcl/cdg

EU-Kommission

EU erlaubt Kraftwerksreserve in Deutschland

Deutsche Stromnetzbetreiber dürfen zwischen Oktober 2019 und Oktober 2025 Reserve-Kraftwerke dafür bezahlen, dass sie in Notfällen Strom mit einer Leistung von maximal zwei Gigawatt ins Netz einspeisen. Die Kosten können sie über die Netzentgelte auf die Stromkunden abwälzen. Die EU-Kommission, die erst Bedenken gegen einen solchen Mechanismus hatte, genehmigte die Einrichtung der strategischen Reserve. Die Regeln seien so geändert worden, dass der Kapazitätsmechanismus nun gut konzipiert sei und Wettbewerbsverzerrungen beschränkt blieben, erklärte Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager.

Auch in Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien und Polen wurden Kapazitätsmechanismen genehmigt. Deutschland begründet die Reserve damit, dass eventuelle Versorgungsengpässe im Zuge der Energiewende abgedeckt werden müssen. Das Risiko konnte laut Kommission eindeutig quantifiziert werden. Die notwendige Reservekapazität soll alle zwei Jahre im Licht aktueller Marktentwicklungen neu berechnet werden und bleibt auf höchstens zwei Gigawatt begrenzt.

Die Kosten durch die Stromkunden sollen durch wettbewerbliche Ausschreibungen alle zwei Jahre unter Kontrolle bleiben. Deutschland habe sich im Laufe der Prüfung bereit erklärt, Anbietern regelbarer Lasten - also Stromabnehmern, die bereit sind, ihren Verbrauch zu drosseln - die gleichen Wettbewerbsbedingungen wie Kraftwerksbetreibern zu geben, hieß es. Weiterhin sei vorgeschrieben, dass die strategische Reserve erst genutzt wird, wenn alle marktbasierenden Lösungen ausgeschöpft sind. Außerdem dürfen Kraftwerke, die sich an der Reserve beteiligt haben, nicht an den Markt zurückkehren. Für Italien und Polen wurden marktweite Kapazitätsmechanismen wegen struktureller Probleme erlaubt. In Frankreich und Griechenland dürfen Kunden im Rahmen des Lastmanagements vorübergehend eine Vergütung bekommen.

MBI/fra/aul

Forschung

Power-to-Gas-Technologie mit hohem Wirkungsgrad

Wissenschaftler am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) haben jetzt den Wirkungsgrad der Methangasproduktion aus erneuerbaren Energien auf 76 Prozent erhöht. Wie das Institut mitteilte, konnte die Forscher im Rahmen des EU-Projekts Helmeth mit Hilfe der thermischen Verkettung chemischer Prozesse aus regenerativem Strom steigern. Der Wirkungsgrad der neuen Power-to-Gas-Technologien lasse auf einen Wirkungsgrad im Industriemaßstab von 80 Prozent hoffen.

Zum Vergleich: Eine konventionelle Power-to-Gas Industrieanlage setzt laut KIT rund 54 Prozent der elektrischen Energie erneuerbaren Stroms in chemische Energie des Brennstoffes Methan um. Nach Angaben des Instituts liegt in der optimalen Nutzung von Prozesswärme aus der Methanisierung, etwa um den Wärmebedarf bei der verwendeten Elektrolysetechnologie zu decken, ein großes Potenzial.

Insbesondere die Hochtemperatur-elektrolyse bei rund 800 Grad Celsius und hohen Drücken habe ther-

modynamische Vorteile, die den Wirkungsgrad steigern, erläuterte das KIT. Das Projekt Helmeth lief fast vier Jahre mit einem Budget von rund 3,8



Effizientere Power-to-Gas-Anlagen sind das Ziel der Forschung am KIT. Foto: sunfire GmbH

Millionen Euro. Rund 2,5 Millionen Euro kamen dabei aus dem European Union's Seventh Framework Programme (FP7/2007-2013) for the Fuel Cells and Hydrogen Joint Technology. An dem Vorhaben waren neben dem KIT die Universität Turin und die TU Athen, die Firmen Sunfire GmbH und EthosEnergy Italia SPA sowie das European Research Institute of Catalysis ERIC und der Deutsche Verein des Gas und Wasserfaches (DVGW) beteiligt. MBI/jcl

Höchstspannung

Hessen genehmigt neue Stromleitung

Hessen hat grünes Licht für eine neue Höchstspannungsleitung zum Transport von Windstrom gegeben. Die rund 230 Kilometer lange Trasse soll künftig die Knotenpunkte Wahle in Niedersachsen und Mecklar in der Gemeinde Ludwigsau in Nordhessen miteinander verbinden. Wahle-Mecklar zählt zu den vier Projekten des Energieleitungsausbaugesetzes, die durch Hessen führen. Die Verbindungen von Dauersberg in Rhein-

land-Pfalz nach Hünfelden (Kreis Limburg-Weilburg) sowie Marxheim-Kelsterbach und Kriftel-Eschborn im Rhein-Main-Gebiet sind laut Angaben des Hessischen Energieministerium bereits fertig. Darüber hinaus ist Hessen von weiteren Vorhaben betroffen, bei denen Trassen über die Grenzen von Bundesländern hinweg ausgebaut werden sollen. Dazu zählt die Suedlink-Leitung. MBI/dpa/aul

E-Mobilität

E.ON präsentiert Ladesäule für Fuhrparks

Der Energiekonzern E.ON bietet künftig gewerblichen Kunden die Möglichkeit an, ihre Fahrzeugflotten auf Elektromobilität umzustellen. So eröffnete der Energieversorger an seinem Unternehmenssitz in Essen die Stromtankstelle E.ON DrivePlaza. Dieses Konzept integriere Elektromobilität so in Fuhrparks, dass mehrere Fahrzeuge mit der vorhandenen Energieanbindung gleichzeitig geladen werden können, teilte das Unternehmen mit.

Das System besteht laut E.ON aus einer Vielzahl von Komponenten, insbesondere Normal- und Schnellladesäulen, einem Batteriespeicher und Lastmanagementsysteme einschließlich digitaler Intelligenz zur Einbindung in die Energienetze. Mit der digitalen Intelligenz werde es möglich, das Konzept modular auszulagern, so dass die E.ON DrivePlaza individuell auf den Kundenbedarf zugeschnitten wird und schließlich mitwächst, wenn auch der elektrische Fuhrpark des Unternehmens wächst. Darüber hinaus ermöglichen der modulare Aufbau auch die Integration des Systems in Mobilitätskonzepte in existierenden und neuen Quartierskonzepten in Städten. „Wir gehen davon aus, dass sich der Umstieg auf Elektromobilität im Segment gewerblicher Fuhrparks rascher vollziehen wird als im privaten Sektor“, sagte E.ON-Vorstand Karsten Wildberger.

MBI/aul

Solar-Stromgemeinschaft

EWE startet „myEnergyCloud“

Der Oldenburger Energieversorger EWE bietet in Zusammenarbeit mit dem schweizerischen Unternehmen Swisscom Energy Solutions ein neues Produkt für Solarstromkunden an. Mit der „myEnergyCloud“ könnten sich die Kunden nahezu komplett mit ihrem selbst erzeugten Solarstrom versorgen, erklärte EWE zum Vertriebsstart in Essen.

„Mit der myEnergyCloud bieten wir Kunden mit Stromspeichersystemen

die Möglichkeit, sich in einer grünen Stromgemeinschaft mit anderen privaten Stromerzeugern zu verbinden und sich in der Community zu nahezu 100 Prozent selbst zu versorgen. Damit gehen wir einen weiteren Schritt auf dem Weg in die digitale Energiewirtschaft“, sagte EWE-Vorstand Michael Heidkamp auf der Energiemesse E-World.

Privathaushalte können heute schon mit dem EWE-Stromspeichersystem bis zu 70 Prozent ihres Strombedarfs mit selbst erzeugtem Solarstrom decken. Den restlichen Strom liefert bisher ein Stromversorger. An besonders sonnenreichen Tagen sei aber vielleicht bei einem Cloud-Teilnehmer Solarstrom in solcher Fülle vorhanden, dass der Speicher voll ist und er den überschüssigen Strom ins Netz einspeisen muss - zu immer stärker sinkenden Vergütungen.

Ein anderer Teilnehmer hat hingegen zur selben Zeit wetter- oder verbrauchsbedingt zu wenig Solarstrom. Solche unterschiedlichen Strombedarfe gleichen diese Kunden in der EWE myEnergyCloud aus. Sie müssen also kaum noch Reststrom von einem Stromversorger beziehen und sparen unterm Strich Stromkosten.

MBI/aul

Testanlage

Virtuelles Kraftwerk Neckar-Alb geht in Betrieb

Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) hat das Virtuelle Kraftwerk Neckar-Alb in Reutlingen offiziell in Betrieb genommen. Das vom Umweltministerium geförderte Test- und Forschungsprojekt soll unter realitätsnahen Bedingungen Erkenntnisse darüber liefern, wie sich solche Kraftwerke flächendeckend, sicher, zuverlässig und wirtschaftlich betreiben lassen. Virtuell bedeutet in dem Zusammenhang, dass das Kraftwerk aus vielen unterschiedlichen, räumlich voneinander getrennten Einzelkomponenten besteht, wie das Ministerium in Stuttgart mitteilte. Hierzu zählen unter anderem eine Leitwarte, ein Blockheizkraftwerk, ein Wasserspeicher, Ladestationen für Elektro-

fahrzeuge und E-Bikes sowie eine kombinierte Photovoltaik- und Solarthermieanlage.

Das Virtuelle Kraftwerk Neckar-Alb demonstrierte, welche großen Chancen für die Energiewende in der Digitalisierung stecken, erklärte Minister Untersteller. Denn in einem klimafreundlichen Energiesystem der Zukunft seien viele kleine, vom Wetter abhängige Erzeugungseinheiten - wie Photovoltaik- oder Windkraftanlagen - optimal mit den Haushalten und den Unternehmen zu verbinden. Dazu müssten die Stromnetze nicht nur ausgebaut, sondern auch intelligenter werden, betonte der Minister. Nur mit intelligenten Netzen, den so genannten Smart Grids, lassen sich nach seinen Worten künftig Angebot und Nachfrage von Strom in Einklang bringen und eine hohe Versorgungssicherheit gewährleisten.

MBI/jcl/aul

Digitalisierung

N-Ergie baut moderne Messeinrichtungen ein

Nürnbergers Regionalversorger N-Ergie startet im Mai dieses Jahres mit der flächendeckenden Einrichtung moderner Messeinrichtungen - dem so genannten Rollout. Wie das Unternehmen mitteilte, sollen 20.000 digitale Stromzähler installiert werden, alleine in Nürnberg seien 2018 es knapp 11.000. Moderne Messeinrichtungen sind digitale Stromzähler, die Verbrauch und Nutzungszeit messen und für 24 Monate speichern.

Nach dem Digitalisierungsgesetz von 2016 sind Privathaushalte und Kleingewerbetreibende mit einem Jahresverbrauch von weniger als 6.000 Kilowattstunden (kWh) Strom verpflichtet, diese modernen Messeinrichtungen einzubauen. Im Gegensatz dazu besteht erst ab einem Verbrauch von über 6.000 kWh die Pflicht, ein intelligentes Messsystem (Smart Meter) mit einer Kommunikationseinheit zu installieren. Die N-Ergie will in ihrem Netzgebiet in den nächsten 13 Jahren rund 640.000 analoge durch moderne Zähler austauschen.

MBI/aul

OTC-Strommarkt

Höhere Windeinspeisung drückt auf Day-ahead

Deutliche Abschlüsse hat der deutsch-österreichische Strommarkt am Donnerstag verzeichnet. Der Day-ahead wurde außerbörslich mit 41,65 Euro je Megawattstunde im Base und 46,75 Euro je Megawattstunde im Peak gehandelt. Am Mittwoch war der Donnerstag selbst noch mit 48 Euro je Megawattstunde in der Grundlast und 55,80 Euro je Megawattstunde in der Spitzenlast bewertet worden. An der Strombörse Epex Spot wurde der Freitag mit 40,80 Euro im Base gehandelt, dies war zugleich der niedrigste Preis für die laufende Arbeitswoche. Der höchste Preis lag im Base bei 49,86 Euro je Megawattstunde. Der Peak wurde mit Preisen zwischen 45,03 Euro und 57,43 Euro je Megawattstunde bewertet.

Grund für die rückläufigen Preise sei vor allem die Erhöhung der Windstromprognose, erklärten Händler im Gespräch mit MBI TradeNews Energy. Am Freitag soll die Windeinspeisung bereits auf 8,9 Gigawatt klettern. Hier spielen vor allem die Korrektur in der Prognose eine Rolle für den Markt, denn am Mittwoch hatten die Meteorologen noch etwa 5,8 Gigawatt für Freitag in Aussicht gestellt. Deutlich mehr Wind erwartet der Prognosedienst Eurowind dann für den Sonntag. Die Temperaturprognosen deuten auf eine kurze Erholung, bevor Mitte der kommenden Woche eine neue Kältewelle bevorstehen soll. Am Wochenende und zum Wochenstart sollen die Temperaturen etwas über den saisonalen Durchschnitt klettern, danach aber wieder deutlich darunter fallen. In den Preisen für die Week-ahead machte sich dies aber noch nicht bemerkbar. Grund dafür sei, dass es auch in der neuen Woche überwiegend windig werden soll. Auch das lange Ende konnte sich der bearishen Stimmung an den Energiemärkten am Donnerstag nicht entziehen. Kohle und Gas zeigten sich im Laufe ebenfalls deutlich schwächer. Vor allem von der Kohle gingen derzeit weiterhin starke Impulse für den Strommarkt aus, sagte ein Händler. Lediglich die Emissionen konnten sich knapp behaupten.

MBI/map

Energiebehörde

US-Ölförderung steigt schneller als erwartet

Die Rohölverarbeitung in den USA fällt derzeit, während die Rohölproduktion weiter zulegt. Das belegen neue Prognosen der US-Energiebehörde EIA. Demnach soll die US-Rohölproduktion in diesem Jahr auf durchschnittlich 10,6 Millionen Barrel pro Tag steigen. Die bisherige Schätzung lag bei 10,3 Millionen Barrel pro Tag. Das Produktionsniveau von 11 Millionen Barrel pro Tag soll nun schon im 4. Quartal 2018 erreicht werden. Die EIA erwartet außerdem, dass die USA bis 2022 und damit erstmals seit fast 70 Jahren zum Netto-Energieexporteur werden. Dies spricht laut Analysten für gedämpfte Energiepreise in den nächsten Jahren.

MBI/cdg

Impressum

Herausgeber und Verlag:

MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG (MBI), Redaktion: Mergenthalerallee 45-47, 65760 Eschborn
Sitz der Gesellschaft: Frankfurt am Main, Amtsgericht Frankfurt HRA 47673

Geschäftsführer:

Martin Brückner

Verantwortlich für den Inhalt:

Armin Kalbfleisch, Tel.: +49(0)6196/93494-11
E-Mail: armin.kalbfleisch@mbi-infocource.de

Abonnenten-Service:

service@mbi-infocource.de oder
+49(0)69/27 10760-11

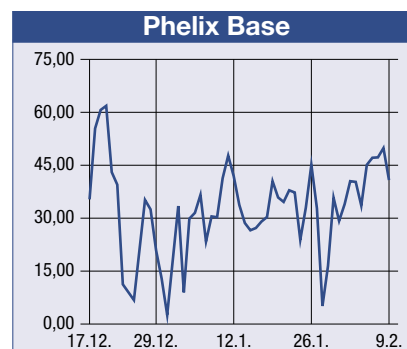
Anzeigen-Verkauf:

anzeigen@mbi-infocource.de oder
+49(0)69/27 10760-24

Die Fachpublikationen von MBI Martin Brückner Infocource stützen sich neben umfangreicher Eigenberichterstattung auf Dow Jones Newswires sowie weitere auch international tätige Nachrichtenagenturen. Alle Meldungen werden mit journalistischer Sorgfalt erarbeitet. Für Verzögerungen, Irrtümer und Unterlassungen wird jedoch keine Haftung übernommen. Kopien, Nachdrucke oder sonstige Vervielfältigungen nur mit Genehmigung des Herausgebers. Das Copyright für dpa-Nachrichten liegt bei der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Hamburg. Die Nachrichten dienen ausschließlich zur privaten Information des Nutzers. Eine Weitergabe, Speicherung oder Vervielfältigung ohne Nutzungsvertrag mit der Deutschen Presse-Agentur ist nicht gestattet. Alle Rechte bleiben vorbehalten.

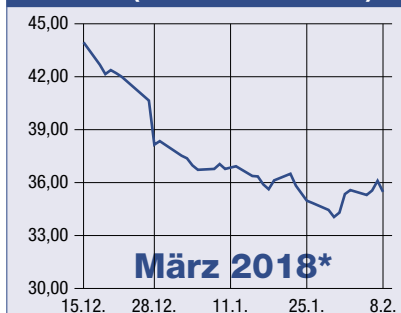
Erscheinungsweise: wöchentlich

Herstellung: atrikom fulfillment GmbH, Haagweg 12, 65462 Ginsheim-Gustavsburg



in EUR/MWh
Quelle: EPEX Spots

Strom (OTC-Deutschland)



Frontmonat Baseload in EUR/MWh
Mittelwert aus Bid und Ask
Quelle: MBI Infocource

Rohöl (ICE)



Brent Frontmonat in USD/Barrel
Settlementpreise, tagesaktueller Preis bis 17:15 Uhr
Quelle: ICE

Erdgas (ICE)



Natural Gas Frontmonat in pence/therms
Settlementpreise, tagesaktueller Preis bis 17:15 Uhr
Quelle: ICE

Veranstaltungen

„Stadtwerke 2018“

Euroforum-Jahrestagung
Ausrichter: Euroforum
Termin/Ort: 9.-11. April, Berlin
Schwerpunkte u.a.:

- ▶ Transformation der Stadtwerke-Landschaft: Digitaler Wandel, Struktur- und Kulturwandel, Sektorenkopplung
- ▶ Digitalisierung ganz praktisch

Information: Tel. 0211 9686-3348,
E-Mail: info@euroforum.com;
www.euroforum.de

„Rechtsfragen Energieeinkauf“

Seminar (Auch inhouse buchbar)
Ausrichter: BME Akademie
Termin/Ort: 9. April, Düsseldorf,
17. September, Frankfurt
Schwerpunkte u.a.:

- ▶ Tipps aus der Energiebeschaffungs- und Rechtspraxis im Überblick
- ▶ Rechtliche und vertragliche Rahmenbedingungen im Überblick, Abgrenzung und Optimierung der Energiebeschaffungskosten

Information: Tel. 069 30838-201
E-Mail: anmeldung@bme-akademie.de
www.bme.de/veranstaltungen/

„Windbranchentag Schleswig-Holstein“

Seminar
Ausrichter: BWE
Termin/Ort: 18. April, Husum
Schwerpunkte u.a.:

- ▶ Energiepolitischer Stolperpfad in Schleswig-Holstein,
- ▶ Stadt – Land – Wind: Sektorenkopplung jetzt

Information: Tel. 030 20164-222
E-Mail: seminare@wind-energie.de
www.bwe-seminare.de

„Das EEG 2017“

BDEW-Informationstag
Ausrichter: EW Medien und Kongresse
Termin/Ort: 10./11. April, Hannover
Schwerpunkte u.a.:

- ▶ Die EEG-Förderung: Von den Grundlagen zu den neuen Regelungen
- ▶ PV-Mieterstrommodelle, Messung bei EEG-Anlagen

Information:
Tel. 069 7104687-552,
Tel. 030 284494-214 (Inhalt)
E-Mail: denise.ahrendt@ew-online.de
www.ew-online.de

Ausschreibungen

Neuss – Strom

Auftraggeber: ITK Rheinland, Hammfeldamm 4, 41460 Neuss, vertreten durch:
KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH, Bertha-von-Suttner Straße 5, 19061 Schwerin, Tel. 03853031-253, Fax: 03853031-255,
E-Mail: anders@kubus-mv.de
NUTS-Code: DEA1D
www.kubus-mv.de/

Unterlagen gebührenfrei unter:
<https://www.enportal.de/index.php/oeffentliche-ausschreibungen.html>

Weitere Auskünfte:
oben genannte Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge an:
<https://www.enportal.de/>

Auftragsgegenstand:
Stromlieferung von rund **1,69 GWh** pro Jahr
Die Energie muss nachweislich zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien stammen.

Aufteilung in Lose: Ja, 1 Los

Lieferzeitraum: 1.7.2018-30.6.2020

Schlusstermine:
Angebote - 27.02.2018 (13:00 Uhr)

Neu ++ Neu ++ Neu ++ Neu ++ Ne

MBI
Martin Brückner Infosource

ENERGY 4.0

Digitalisierung in der Energiewirtschaft

Die Inhalte der Publikation im Überblick:

- **Exklusiv recherchierte Best-Practice-Stories**
- IT-Sicherheit und IT-Recht
- Smart Metering
- Virtuelle Kraftwerke & Speicher
- Intelligente Netze
- Demand Side Management
- Digitaler Vertrieb und Marketing
- Data Analytics



Gehen Sie in Sachen Energie 4.0 voran und bestellen Sie **„Energy 4.0“** zum Preis von nur **39,- EUR / Monat.**

Weitere Informationen:
E-Mail: energie@mbi-infosource.de
Telefon: +49 (0) 69/2 71 07 60-11

STAHL TAG 2018

26. - 27. September 2018 | Frankfurt a.M.

Entscheidungsgrundlagen für Ihren Einkauf



Stimmen zum Stahl Tag 2017:

„Eine Muss-Veranstaltung für jeden Entscheider.“

„Sehr gute Kombination aus makroökonomischen Themen und tagesaktuellen Problemen.“

„Umfassender Einblick und Ausblick zum internationalen Stahlmarkt. Wertvolle Informationen für die tägliche Arbeit inklusive.“

„Die Veranstaltung beleuchtet den Stahlmarkt aus Sicht des Einkaufs sehr intensiv und liefert so eine Vielzahl von Informationen für die Entscheidungsfindung.“

„Sehr kompakte und interessante Informationsplattform in angenehmer Atmosphäre.“

A large image showing numerous stacks of steel coils, arranged in a way that creates a sense of depth and abundance. The coils are metallic and have a circular shape.

Jetzt Termin vormerken &
Frühbucherpreis sichern!